
5700/J XXIV. GP

Eingelangt am 11.06.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Heidemarie Unterreiner
und anderer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
betreffend **Transparenzdatenbank und Familie und Jugendförderung**

Die Regierung hat sich am Dienstag zum Abschluss ihrer Klausur in Graz auf die Erarbeitung einer "Transparenzdatenbank" verständigt. Eine Freude damit hatte vor allem Finanzminister Josef Pröll (V), der die Datenbank als Weiterentwicklung des von ihm ventilierten Sozial-Transferkontos sieht. Bundeskanzler Werner Faymann (S) versicherte, die SPÖ werde darauf schauen, dass es kein "Neidkonto" geben werde. Die Idee des Transferkontos war erstmals vergangenen Oktober hochgekommen, als Vizekanzler Pröll in einer Grundsatzrede dessen Einführung propagierte. Die SPÖ reagierte mehr als skeptisch. Quer durch die Partei wurde der Verdacht geäußert, dass unter dem Titel des Transferkontos ein Abbau von Sozialleistungen geplant sei. Nunmehr hat man sich dann doch mit dem Gedanken angefreundet, wenngleich in abgeänderter Form. Zu dieser Neupositionierung beigetragen haben dürfte, dass die ÖVP die Umsetzung der Mindestsicherung mit dem Transferkonto junktiniert hatte. Immerhin konnte die SPÖ für sich verbuchen, dass der Name Transferkonto von der offiziellen Agenda verschwunden ist. Selbst Pröll sprach bei der Abschlusspressekonferenz von einer "Transparenzdatenbank".

Zusätzlich wurde vereinbart, dass es bei der Auflistung nicht nur um Transferleistungen geht, sondern um "Leistungen ohne unmittelbare Gegenleistung". Darunter versteht die SPÖ etwa auch Förderungen für Wirtschaftstreibende und Landwirte sowie "nicht-monetäre" Leistungen. Das sollen etwa Zuschüsse an Theater sein, durch die Eintrittskarten billiger abgesetzt werden können.

Zu beachten ist laut Ministerratsvortrag auch, wie hoch die mit so einer Datenbank verbundenen Verwaltungskosten wären. Entsprechend ist auch noch nicht eindeutig klar, ob es für jeden ein Konto geben soll oder nur für Gruppen.

Die Arbeit, was nun sinnvoll sein könnte, wird sich eine Gruppe mit Vertretern von Bundeskanzleramt, Finanz-, Sozial-, Infrastruktur, Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium machen. Fertig gedacht sein soll bis Anfang September, bis Jahresende sollen "gesetzliche Grundlagen" erarbeitet werden.

Ziel für Finanzminister Pröll ist es, mit der Datenbank, die für ihn einen "Meilenstein" darstellt, Doppelgleisigkeiten und Missbrauch zu vermeiden. Faymann versicherte, dass es auch der SPÖ um Transparenz gehe und sie ein Interesse daran habe, dass die richtigen Leistungen an die Richtigen kämen. Von einem Transferkonto will man in der SPÖ übrigens nichts wissen: "Das Transferkonto ist tot, praktisch", befand Sozialminister Rudolf Hundstorfer (S) am Rande der Klausur, während VP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger in einer Aussendung die "Einigung der Bundesregierung auf das von Finanzminister Josef Pröll vorgeschlagene Transferkonto" bejubelte.

Abgerungen hat die ÖVP den Sozialdemokraten deren Zustimmung zur Transparenz-Arbeitsgruppe mit einem Junktim zur Mindestsicherung, wie VP-Klubchef Karlheinz Kopf bestätigte. Dafür ist diese Grundsicherung nun wohl wirklich endgültig auf ihrem Weg. Eine letzte - vom Finanzministerium geortete - Finanzierungslücke von rund 27 Millionen wurde geschlossen. Die Mindestsicherung kann somit im September in Kraft treten, sollten bis dahin auch die Länder die entsprechenden Beschlüsse fällen. (Wirtschaftsblatt vom 02.03.2010)

Viele österreichische Familien sind auf der Grundlage dieses Beschlusses durch die SPÖ/ÖVP verunsichert, ob und in welcher Art und Weise die ihnen zu recht zustehenden Familien- und Jugendförderungen hier betroffen sind.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend nachfolgende

Anfrage:

1. Wer ist in ihrem Kabinett für das Thema Transferkonto/Transparenzdatenbank zuständig?
2. Wer ist auf Sektions-, Gruppen-, bzw. Abteilungsebene im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend für das Thema Transferkonto/ Transparenzdatenbank zuständig?
3. Hat sich die Arbeitsgruppe aus den verschiedenen Ministerien bereits konstituiert?
4. Wer gehört ihr als Vertreter von Seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend an?
5. Welche inhaltlichen Vorgaben haben Sie als Bundesministerin für Wirtschaft, Familie und Jugend ihrem Ressortvertreter gemacht?
6. Welche Förderungen / Leistungen, für die das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend kompetenzrechtlich verantwortlich ist, wird das Transferkonto/ die Transparenzdatenbank beinhalten?
7. Wird das Transferkonto / die Transparenzdatenbank auch die Familien- und Jugendförderungen auflisten?
8. Wenn ja, in welcher Art und Weise?
9. Was wird die Verwaltung des Transferkontos / der Transparenzdatenbank das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend kosten?